Stand: 15.07.2025 07:51:13

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/25683

"Härtefallhilfen des Freistaates Bayern zur Abmilderung stark gestiegener Energiepreise schnell umsetzen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/25683 vom 13.12.2022
2. Beschluss des Plenums 18/25787 vom 15.12.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 132 vom 15.12.2022

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 13.12.2022 **Drucksache** 18/**25683**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Kerstin Schreyer, Martin Bachhuber, Barbara Becker, Alfons Brandl, Alex Dorow, Matthias Enghuber, Karl Freller, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Petra Högl, Michael Hofmann, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Harald Kühn, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer, Klaus Stöttner, Steffen Vogel, Ernst Weidenbusch, Georg Winter** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Härtefallhilfen des Freistaates Bayern zur Abmilderung stark gestiegener Energiepreise schnell umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine auch erhebliche Auswirkungen auf die Menschen in Deutschland und die deutsche Wirtschaft hat. Er fordert die Bundesregierung deshalb auf, die angekündigten Hilfen zur Abmilderung der massiven Energiepreissteigerungen zeitnah zu konkretisieren, möglichst umfassend und ausreichend auszugestalten sowie schnell auf den Weg zu bringen.

Der Landtag unterstützt den von der Staatsregierung angekündigten Härtefallfonds Bayern mit einem Gesamtvolumen in Höhe von bis zu 1,5 Mrd. Euro, mit dem bei drohender Existenzgefährdung verbleibende finanzielle Lücken der Bundeshilfen geschlossen werden sollen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Härtefallhilfen des Freistaates bereits vor Verkündung des Haushaltsplans 2023 schnell im Rahmen des für solche Krisensituationen vorgesehenen Notbewilligungsrechts auf den Weg zu bringen, sobald der Bund seine Hilfen zur Abmilderung der Energiepreissteigerungen hinreichend konkretisiert hat und die subsidiären Härtefallhilfen des Freistaates passgenau festgelegt werden können.

Der Landtag begrüßt zudem, dass der Entwurf des Haushaltsplans 2023 wieder ohne neue Kreditermächtigung auskommt und der Härtefallfonds Bayern im Rahmen des Kernhaushalts 2023 finanziert wird. Der Freistaat geht nicht den Weg verfassungsrechtlich bedenklicher Sondervermögen, sondern steht für solide und transparente Staatsfinanzen und Generationengerechtigkeit.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Begründung:

Die Menschen in ganz Deutschland und in Bayern leiden unter den stark gestiegenen Energiepreisen. Sie brauchen dringend Planungssicherheit und müssen endlich erfahren, wie der Staat sie im Hinblick auf die derzeitigen hohen Energiekosten konkret unterstützt.

Der Bund ist hier zunächst in der Verantwortung, seine versprochenen finanziellen Hilfen nunmehr rasch zu konkretisieren und auf den Weg zu bringen. Erst wenn die Details der Bundeshilfen klar definiert sind, können der Freistaat und die anderen Länder ihre eigenen subsidiären Hilfspakete final ausgestalten und die jeweiligen Maßnahmen (insb. Billigkeitsleistungen) auf den Weg bringen.

Vor einer Bewilligung von Mitteln im Wege des Notbewilligungsrechts ist grundsätzlich die Einwilligung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen im Rahmen eines Konsultationsverfahrens einzuholen. Soweit gemäß Art. 37 Abs. 1 Satz 4 Bayerische Haushaltsordnung (BayHO) aufgrund allgemeiner Einwilligung ein Konsultationsverfahren nicht erforderlich ist, ist der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen unverzüglich zu unterrichten; dies gilt auch, wenn ein dringendes Staatsinteresse an einer unverzüglichen Umsetzung besteht und eine Einholung der Einwilligung zeitnah nicht möglich sein.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 15.12.2022 **Drucksache** 18/**25787**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Kerstin Schreyer, Martin Bachhuber, Barbara Becker, Alfons Brandl, Alex Dorow, Matthias Enghuber, Karl Freller, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Petra Högl, Michael Hofmann, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Harald Kühn, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer, Klaus Stöttner, Steffen Vogel, Ernst Weidenbusch, Georg Winter** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/**25683**

Härtefallhilfen des Freistaates Bayern zur Abmilderung stark gestiegener Energiepreise schnell umsetzen

Der Landtag stellt fest, dass der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine auch erhebliche Auswirkungen auf die Menschen in Deutschland und die deutsche Wirtschaft hat. Er fordert die Bundesregierung deshalb auf, die angekündigten Hilfen zur Abmilderung der massiven Energiepreissteigerungen zeitnah zu konkretisieren, möglichst umfassend und ausreichend auszugestalten sowie schnell auf den Weg zu bringen.

Der Landtag unterstützt den von der Staatsregierung angekündigten Härtefallfonds Bayern mit einem Gesamtvolumen in Höhe von bis zu 1,5 Mrd. Euro, mit dem bei drohender Existenzgefährdung verbleibende finanzielle Lücken der Bundeshilfen geschlossen werden sollen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Härtefallhilfen des Freistaates bereits vor Verkündung des Haushaltsplans 2023 schnell im Rahmen des für solche Krisensituationen vorgesehenen Notbewilligungsrechts auf den Weg zu bringen, sobald der Bund seine Hilfen zur Abmilderung der Energiepreissteigerungen hinreichend konkretisiert hat und die subsidiären Härtefallhilfen des Freistaates passgenau festgelegt werden können.

Der Landtag begrüßt zudem, dass der Entwurf des Haushaltsplans 2023 wieder ohne neue Kreditermächtigung auskommt und der Härtefallfonds Bayern im Rahmen des Kernhaushalts 2023 finanziert wird. Der Freistaat geht nicht den Weg verfassungsrechtlich bedenklicher Sondervermögen, sondern steht für solide und transparente Staatsfinanzen und Generationengerechtigkeit.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Die Präsidentin
I.V.

Thomas Gehring
II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Michael Hofmann
Abg. Harald Güller
Abg. Franz Bergmüller
Abg. Claudia Köhler
Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser
Abg. Ferdinand Mang
Abg. Manfred Eibl
Staatsminister Hubert Aiwanger
Präsidentin Ilse Aigner
Staatsminister Albert Füracker

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe nun zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Härtefallhilfen des Freistaates Bayern zur Abmilderung stark gestiegener Energiepreise schnell umsetzen (Drs. 18/25683)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP),
Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u. a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushalt jetzt - Härtefallfonds endlich dem Landtag vorlegen (Drs. 18/25760)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Herrn Kollegen Michael Hofmann, CSU-Fraktion, das Wort.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ukraine-Krieg hat über die Menschen in dem Land unermessliches Leid gebracht. Wir als Bundesrepublik Deutschland, als westliches Bündnis können nur bedingt die Menschen in der Ukraine unterstützen. Wir können ihnen nur unsere Hochachtung dafür zollen, wie tapfer und mutig sie ihr eigenes Land, ihre eigene Freiheit und ihr Selbstbestimmungsrecht verteidigen. Gerade in dieser Zeit, in der wir über verschiedene Probleme hier diskutieren, geziemt es sich für uns alle, daran zu denken, welch großartige Leistung die Menschen in der Ukraine bringen und welch schweren

Kampf sie kämpfen. Unsere Herzen und unsere Gedanken sind bei ihnen. Wir wünschen ihnen viel Erfolg und größtmögliche Tapferkeit in diesem schwierigen Kampf.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich habe angesprochen, dass wir als Bundesrepublik Deutschland und auch als Freistaat Bayern die Menschen nur bedingt unterstützen können. Wir versuchen das, indem wir Russland, dem Putin-Regime, so viele Devisen wie möglich entziehen, indem wir möglichst viele Rationen Energielieferung letzten Endes abweisen und uns anderweitig bedienen – was allerdings zur Folge hat, dass auch bei uns Menschen in Bedrängnis kommen.

Was ist unsere Aufgabe als Politik, wenn Menschen in unserem Land in Bedrängnis kommen? – Wir müssen ihnen helfen. Hilfe ist das Gebot der Stunde. Viele Menschen wissen nicht, wie sie über den Winter kommen sollen. Es geht nicht nur darum, dass sie sich die Frage stellen, ob das Gas reicht, ob das Öl reicht, ob die Pellets reichen und Ähnliches, sondern es geht auch darum, dass sie möglicherweise auch aufgrund ihres Kontostands nicht mehr in der Lage sind, den entsprechenden Bezug sicherzustellen.

Deswegen muss es bei den Hilfen vor allem darum gehen, die Dinge schnell und unbürokratisch auf den Weg zu bringen. Da ginge vieles einfacher und besser. Leider Gottes müssen wir in der Hinsicht auch Berlin in die Verantwortung nehmen. Dort weiß man nach wie vor nicht genau, wie diese Hilfen aussehen sollen. Der Freistaat Bayern, die Staatsregierung, hat bereits erklärt, dass die Menschen in unserem Land, im Freistaat Bayern, mit bis zu 1,5 Milliarden Euro zusätzlich unterstützt werden sollen.

Ich gehe davon aus, dass wir hier in diesem Haus miteinander der Auffassung sind, dass zusätzliche Unterstützung ergänzende Unterstützung heißt. Ergänzende Unterstützung können wir aber erst dann leisten, wenn klar ist, in welcher Art und Weise, in welcher Form die Bundesrepublik Deutschland, die Bundesregierung, helfen will. Ich

stelle schlicht und ergreifend fest: Nach wie vor ist nicht klar, in welcher Form und wem diese Hilfe letzten Endes zuteilwerden soll.

Erst in dieser Woche wurde darüber diskutiert, dass jetzt eben doch auch Menschen, die mit Öl und Pellets heizen, eine finanzielle Unterstützung bekommen sollen, was wir ja grundsätzlich begrüßen und was wir auch als unseren Erfolg ansehen. Jetzt wird noch darüber diskutiert, welcher Referenzwert gelten soll usw. usf. Das sind all die Dinge, die letzten Endes uns als Freistaat Bayern hindern, Nägel mit Köpfen zu machen. Wir fordern deswegen die Bundesregierung auf, jetzt schneller zu handeln, damit auch wir handeln können.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Harald Güller (SPD): Ach nee!)

– Ja selbstverständlich, Herr Kollege Güller. Selbstverständlich! Sie haben mir leider gerade nicht zugehört. Deswegen kommt Ihr "Ach nee!". Ich sage es noch einmal: Erst in dieser Woche hat Ihre Bundesregierung doch beschlossen, dass entgegen allen Ankündigungen jetzt auch Menschen geholfen werden soll, die mit Öl und Pellets heizen. Das war bis vor wenigen Wochen völlig undenkbar. Deswegen sind wir jetzt an der Stelle, um weitere Hilfen auszuweisen. Das ist der Punkt.

(Alexander König (CSU): Das ist die Wahrheit!)

Was ist aber jetzt unsere Aufgabe? Was ist unsere Aufgabe als Bayerischer Landtag? – Unsere Aufgabe ist es, mit den finanziellen Mitteln letzten Endes kontrolliert umzugehen. Wir haben großes Vertrauen in die Bayerische Staatsregierung. Das Haushaltsrecht ist in dem Zusammenhang aber mindestens genauso – –

(Lachen bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

– Ich weiß nicht, wieso Sie lachen. Dass Ihr Vertrauen in die eigene Regierung schwach ist, ist vollkommen klar. Das verstehe ich auch vollkommen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Bayerische Staatsregierung hat in den letzten Jahrzehnten doch bewiesen, dass sie mit Geld umgehen kann. Wenn wir andere Bundesländer anschauen, stellen wir fest, dass sie es nicht können. Ihr Vertrauen in Ihre eigene Regierung ist begrenzt, in unsere ist es sehr wohl vorhanden.

Jetzt haben wir folgende Aufgabe: Wir haben die Aufgabe, mit diesem Geld verantwortungsvoll umzugehen. Die Koalition der Bundesregierung, die hier mit GRÜNEN, SPD und FDP vertreten ist, hat jetzt aber einen Dringlichkeitsantrag nachgezogen, in dem man uns auffordert, einen Nachtragshaushalt für 2022 zu machen.Entschuldigung! Wenn Sie in diesem Zusammenhang auch nur ein bisschen Verantwortungsbewusstsein haben, müssen Sie doch erkennen, dass ein Nachtragshaushalt in der derzeitigen Phase überhaupt keinen Sinn macht. Wir haben Instrumente der Bayerischen Haushaltsordnung, die es uns ermöglichen, den Menschen schnell und unbürokratisch zu helfen, sobald wir wissen, wo und wie wir anpacken müssen. Das ist genau der Punkt.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Ich verweise darauf, dass die Bundesregierung im Zusammenhang mit Öl und Pellets erst vor Kurzem gesagt hat: Wir müssen jetzt noch eine Vereinbarung zwischen Bund und Ländern treffen. Noch besser und noch deutlicher kann man doch gar nicht sagen, dass nicht einmal der Bund weiß, wie er mit den Ländern darüber verhandeln soll. Also können wir als verantwortungsvoller Haushaltsgesetzgeber gar nicht anders handeln, als einen solchen Nachtragshaushalt abzulehnen.

Was soll denn letzten Endes ein Haushalt bewirken, der im Grunde genommen schon erledigt ist? Sie wollen von uns, dass wir 1,5 Milliarden Euro in den Nachtragshaushalt hineinschreiben, obwohl wir genau wissen, dass wir diese 1,5 Milliarden Euro im Haushaltsjahr 2022 gar nicht mehr ausgeben können. Wie soll denn das funktionieren? Vor dem Hintergrund, dass nicht einmal klar ist, wie diese Hilfen ausgestaltet

werden sollen, wollen Sie im Grunde genommen nur einen Zettel, auf dem steht: 1,5 Milliarden Euro für irgendetwas. Dies hat doch mit Klarheit und Wahrheit eines Haushaltes überhaupt nichts zu tun. Deswegen sind wir mit unserem Vorschlag definitiv auf dem besseren Weg.

(Zuruf von der SPD)

Wir können das Ganze nach Artikel 37 über das Notbewilligungsrecht machen, so wie wir es im Übrigen auch sonst gemacht haben. Mit Artikel 37 stellen wir im Übrigen auch sicher, dass zur Vergabe von Mitteln für einzelne Maßnahmen, die außerhalb eines Haushaltes verwendet werden müssen, weil wir eine schwere Krisenlage haben, Konsultationen mit dem Haushaltsausschuss stattfinden müssen. Dadurch wird sichergestellt, dass die Gelder genau dort ankommen, wo wir es uns als Haushaltsgesetzgeber wünschen. Genau das ist der Punkt. Das ist unsere Aufgabe. Dieser Aufgabe kommen wir nach.

Deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag. Ich bitte Sie, den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Oppositionsfraktionen abzulehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegen drei Wortmeldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste stammt vom Kollegen Harald Güller, SPD-Fraktion.

Harald Güller (SPD): Herr Kollege Hofmann, erstens zum Thema Öl und Pellets sowie den 1,8 Milliarden Euro. Sie müssten mir schon einmal erklären, wo da der Unterschied zum Vorgehen in der Pandemie ist. Eigentlich müssten Sie sagen: Okay, wunderbar, dass der Bund das macht, damit sparen wir selbst Gelder ein, die wir anderswo einsetzen können. – Exakt dies hat der Herr stellvertretende Ministerpräsident

Aiwanger bei den Corona-Hilfen gemacht, als die Anträge nach bayerischem Recht per Fax eingegangen sind.

(Alexander König (CSU): 200 Millionen Euro kommen aus Berlin nach Bayern! Lächerliche Beträge!)

Dann sind sie nach Bundesrecht abgerechnet worden. Das ist doch wunderbar. Wir in Bayern haben dann mehr Geld für zielgerichtete andere Hilfen.

Zweitens, zum Parlamentsverständnis der CSU und der FREIEN WÄHLER: Ein Notbewilligungsrecht ist eben nicht das Gleiche. Beim Notbewilligungsrecht sprechen Sie schlicht und einfach von einer Konsultation des Bayerischen Landtags bzw. des Haushaltsausschusses, das heißt, man kann zustimmen – friss oder stirb! Unter Parlamentarismus und Haushaltsrecht verstehe ich und versteht die Sozialdemokratie, dass wir mitgestalten können, dass wir Anträge stellen können, dass wir um die besten Ideen für die Menschen in Bayern ringen. Die SPD hat dies mit vier Anträgen im letzten Jahr bereits gemacht, die Sie abgelehnt haben. Demokratie ist, wenn wir das in Anträge gießen können. Dafür stehen wir. Deswegen muss unser Antrag und nicht Ihr Antrag angenommen werden.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Kollege Güller. – Bevor ich Herrn Hofmann wieder das Wort zur Beantwortung erteile, gebe ich bekannt, dass zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag von GRÜNEN, FDP und SPD auf Drucksache 18/25760 namentliche Abstimmung beantragt worden ist. – Herr Hofmann, bitte.

Michael Hofmann (CSU): Lieber Herr Kollege Güller, zunächst einmal freue ich mich, dass die Bundesregierung auf unser massives Drängen hin beschlossen hat, dass Öl- und Pelletheizungen ebenfalls gefördert werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Diese Woche!)

Das habe ich im Übrigen vorhin auch gesagt. – Diese Entscheidung ist in dieser Woche getroffen worden; richtig, Herr Kollege Eibl. Man hätte sie auch schon längst treffen können, im Übrigen wie viele andere Maßnahmen.

Ich darf daran erinnern, dass Ihr Wirtschaftsminister in Berlin monatelang einer Gaspreisumlage hinterhergerannt ist, bis man sich für eine Gaspreisbremse und eine Strompreisbremse entschieden hat.

Es wäre schön, Herr Kollege Güller, wenn Sie, falls Sie eine Zwischenbemerkung machen, mir wenigstens zuhörten. Auch das gehört zum Parlamentarismus.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie sagen, wir sollten uns über 1,8 Milliarden Euro freuen, damit wir als Freistaat Bayern die Mittel anderweitig ausgeben können. Selbstverständlich freue ich mich darüber. Wie Sie richtig sagen: Wir können das Geld für etwas anderes ausgeben. Wenn wir aber das gemacht hätten, was Sie angeblich schon vor Wochen immer wieder gefordert haben, hätten wir im Haushalt eine Hilfe stehen, zu der wir sagen müssten, dass wir sie jetzt aber gar nicht verwenden dürfen. Das ist doch genau der Punkt. Sie schlagen sich mit Ihren eigenen Argumenten.

(Tim Pargent (GRÜNE): Dann würde der Corona-Sonderfonds auch nicht funktionieren!)

Das, was Sie jetzt abgeliefert haben, ist tragischst hoch drei, weil sie das in dem Zusammenhang einfach nicht hinbekommen haben.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Sie bekommen noch eine Redezeitverlängerung.

Michael Hofmann (CSU): Die zweite Frage kann ich jetzt nicht beantworten, Herr Kollege.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Das tut mir leid; das können Sie wirklich nicht, da Sie schon 20 Sekunden über der Zeit sind.

Michael Hofmann (CSU): Sie hätten mir auch 2 Minuten geben können!

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: – Sie können gerne über Ihre Fraktion beantragen, demnächst längere Redezeiten für Zwischenbemerkungen zu haben. Wir können im Ältestenrat gerne darüber sprechen.

Herr Bergmüller von der AfD-Fraktion ist an der Reihe. Bitte schön, Herr Bergmüller.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Hofmann, am 3. Dezember 2022 um 07:30 Uhr hat die Bundesregierung über BR24 eine Kabinettsvorlage lanciert, dass Strom- und Gaspreiserhöhungen zum Jahreswechsel verboten werden sollten. Zahlreiche Unternehmer, die Verträge haben, die teilweise noch zwei Jahre laufen, haben jetzt Ankündigungen erhalten, dass Strompreiserhöhungen massivster Art kommen. Das Dreifache ist eigentlich normal. Warum ändern Sie mit Ihrer Fraktion – oder versuchen Sie, Ihren Einfluss geltend zu machen – nicht das Merit-Order-System, das maßgeblich an diesem wahnsinnigen Strompreis schuld ist? Wie wollen Sie zum Beispiel der Person helfen,

(Tobias Reiß (CSU): Keine Ahnung hat der!)

die mir zuletzt ihren Fall geschildert hat, nämlich den Fall einer Verfünffachung des Gasnettopreises? Wie wollen Sie mit dem Härtefallfonds konkret eingreifen, sollte die Bundesregierung, die am Sonntag in der "Welt am Sonntag" zurückgerudert ist, bei den Stromunternehmern vorstellig werden, dass es doch gerechtfertigt sei, weil der Einkaufspreis zu hoch sei? Wie wollen Sie in einem solchen Fall konkret helfen? Was sagen Sie zum Merit-Order-System?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Minute für Sie, Herr Hofmann.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege, zunächst einmal: Was den Nachhilfeunterricht für Sie in Sachen Merit-Order angeht, würde mir die Minute nicht reichen. Ich bitte um Entschuldigung. Deswegen will ich mich darauf konzentrieren, in welcher Art und Weise wir helfen wollen.

Ihnen ist bekannt – ich glaube, ich habe es auch gerade deutlich gemacht –, dass der Freistaat Bayern die Aufgabe hat, ergänzende Hilfen zu leisten. Nach wie vor besteht die Problematik darin, dass zwischen Bund und Ländern – das hat die Bundesregierung auch eingestanden – noch nicht endgültig klar ist, auf welchen Referenzwert beziehend man letzten Endes Hilfen zubilligt oder nicht.

(Alexander König (CSU): Mangelnde Kommunikation!)

Das ist genau der Punkt. Wir brauchen zunächst einen Referenzwert, um feststellen zu können, wer denn unter bestimmten Bedingungen leidet und wer nicht. Diesen Referenzwert will die Bundesregierung festlegen. Wenn wir als Freistaat Bayern ergänzend dazu tätig werden wollen, dann können wir in diesem Zusammenhang entscheiden: Wollen wir zusätzlich zu den Hilfen, die uns der Bund ermöglicht, noch weitere Hilfen geben oder nicht?

Ich bitte um Verständnis, dass wir in diesem Zusammenhang abwarten müssen, was die Bundesregierung beschließt. Sinnvoll ist aber, dass wir Gewehr bei Fuß stehen. Diese Möglichkeit – ich will darauf zurückkommen – schaffen wir mit unserem Notbewilligungsrecht, das wir nach Konsultation des Haushaltsausschusses anwenden werden.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Kollege Hofmann. – Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Frau Kollegin Claudia Köhler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege, Sie haben jetzt von den Herzen und Gedanken gesprochen. Fakt ist: Drei Monate lang haben Sie nichts gemacht, haben Sie einfach zugewartet und nicht versucht, zu helfen.

(Alexander König (CSU): Das ist jetzt aber ganz billig!)

Sie sagen, dass ganz klar drinstehen muss, wie geholfen wird. Das ist einfach nicht wahr; denn wenn das stimmen würde, hätte ja der Corona-Fonds nicht funktioniert. Wichtig ist, dass die Summe drinsteht.

(Alexander König (CSU): So ein Schmarrn!)

Wenn schon der Haushalt nicht pünktlich ist, dann muss die Summe im Nachtragshaushalt stehen. Was übrig ist, kann man entweder vorab über Verpflichtungsermächtigungen regeln, wenn man es ganz genau nimmt, oder man könnte es über Ausgabenreste natürlich auch ab Januar noch ausgeben. Ihre technischen Begründungen sind also allesamt unwahr. Sie wollen das Parlament mit diesem Notbewilligungsrecht umgehen. Das ist wirklich unglaublich und eigentlich infam.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Michael Hofmann (CSU): Frau Kollegin Köhler, wirklich infam ist, dass Sie behaupten, wir hätten nichts gemacht, nachdem die Bundesregierung über Monate hinweg auf einem Irrweg war, wie sie helfen will, wo sie helfen will und welche Methoden sie anwenden will, um den Menschen in diesem Land zu helfen. Das ist infam.

(Beifall bei der CSU)

Wir wissen, wie viel Geld wir zur Verfügung stellen wollen. Wir wissen auch, wie wir das Geld zur Verfügung stellen wollen, ab dem Zeitpunkt, zu dem Sie uns sagen, wo Sie helfen und wo nicht.

Ich möchte jetzt noch ganz kurz zu den Haushaltstechniken kommen. Ich will darauf hinweisen, dass wir im Zusammenhang mit der Corona-Krise 10 Milliarden Euro in den

Haushalt eingestellt haben. Sie von den Oppositionsfraktionen waren die Ersten, die sich darüber beschwert haben, dass es ein Blankoscheck für diese Staatsregierung wäre, wie mit dem Geld umgegangen wird.

(Unruhe – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Jetzt stellen Sie sich hin und fordern, das Ganze doch wieder als Nachtragshaushalt zu machen, anstatt den Haushaltsausschuss über die einzelnen Mittel beschließen zu lassen. Das zeigt mir letzten Endes, dass Ihnen das Haushaltsrecht des Freistaates Bayern immer noch fremd ist. Ich hoffe, dass sich das im Laufe der Zeit noch ändern wird.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Kollege Hofmann. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Claudia Köhler für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Tobias Reiß (CSU): Die Schulden-Ampel spricht!)

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der vorliegende Dringlichkeitsantrag will das Notbewilligungsrecht der Haushaltsordnung nutzen. Es ist in Notsituationen – aber auch nur dann – möglich, ohne einen beschlossenen Haushalt Geld auszugeben. Das ist in der Haushaltsordnung klar definiert. Das darf nur bei Unabweisbarkeit und bei einem unvorhergesehenen Bedürfnis passieren. Es ist nicht möglich – das steht ausdrücklich drin –, wenn das Problem rechtzeitig per Nachtragshaushalt gelöst werden kann. Und das kann es. Genau das beantragen wir heute: eine Sondersitzung im alten Jahr zur Einbringung eines Nachtragshaushalts, gerne auch mit Verpflichtungsermächtigung für 2023. Alles andere, was Sie vorschlagen, ist nicht zulässig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre gefühlte Not ist nur entstanden, weil Sie trotz mehrerer Anträge und Forderungen den Haushalt 2023 nicht rechtzeitig vorgelegt haben. Sie haben das mit voller Absicht getan, sonst ginge es sogar mit Ausgaberesten.

Unvorhergesehen? – Wir wussten doch alle, dass der Härtefallfonds kommen muss. Die Opposition fordert diesen seit den Sommerferien, also seit Monaten. Der Ministerpräsident selbst hat den Härtefallfonds im Oktober angekündigt, also vor zwei Monaten. Damit ist er nicht unvorhergesehen. Das Notfallrecht greift nicht. Der Antrag ist rechtlich äußerst fragwürdig. Aber die Menschen in unserem Land und die Unternehmen brauchen jetzt ein justiziables Verfahren, auf das sie sich verlassen können. Meine Herren, Sie haben sich verschätzt. In Ihrem Gejammer darüber, dass Sie nicht mehr in der Regierung sind, haben Sie zu lange gewartet.

(Zurufe der Abgeordneten Petra Högl (CSU) und Michael Hofmann (CSU))

Die Ausreden, die Sie jetzt bringen, wonach Sie auf den Bund hätten warten müssen, ziehen nicht. Das ist weder sachlich richtig noch sinnvoll. Es würde in jeden Fall genügen, wenn diese Summe einfach freigegeben im Haushalt drinstehen würde. Das tut sie übrigens auch: Im Haushalt 2023 steht sie als komplette Summe ohne Einzelheiten. Nur ist der Haushalt nicht rechtzeitig eingebracht worden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch eine kleine Klarstellung zu den Fake News hinsichtlich der Corona-Krise: Bei den 10 Milliarden Euro haben wir dem Verfahren zugestimmt. Das war gerade glatt gelogen.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, machen Sie den Weg frei für einen sauberen Weg. Ich sage Ihnen eines: Falls Sie das Ganze nur durchziehen – und es klingt danach –, um die von Ihnen verursachte Lage auszunutzen und um uneingeschränkt und ohne

Beteiligung des Parlaments oder seiner Ausschüsse über 1,5 Milliarden Euro im Wahljahr verfügen zu können, dann werden Sie auf unseren Widerstand stoßen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der bayerische Etat ist kein Selbstbedienungsladen, und das bayerische Volk ist nicht käuflich. Bayern braucht unbedingt den Härtefallfonds, um Menschen und Unternehmen in Bayern helfen zu können. Er muss daher rechtlich einwandfrei aufgestellt werden und darf nicht auf einem Bruch des Haushaltsrechts beruhen. Deshalb: Keine Notbewilligung ohne Not und Nachtragshaushalt jetzt, aber rasch!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Köhler, es liegt eine Wortmeldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Herr Kollege Michael Hofmann für die CSU-Fraktion.

Michael Hofmann (CSU): Frau Kollegin Köhler, hier oben sitze ich – ganz oben – weiter oben – hier, in der Mitte. Ja, genau. – Frau Kollegin Köhler, zunächst einmal weise ich Ihre Unterstellung, dass ich gelogen hätte, aufs Schärfste zurück.

Erstens. Ich habe nicht behauptet, Sie hätten nicht zugestimmt.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Doch!)

Claudia Köhler (GRÜNE): Doch!

Michael Hofmann (CSU): Wenn Sie mir vorhin zugehört hätten, hätten Sie mitbekommen, dass ich gesagt habe, Sie waren die Ersten, die sich anschließend darüber beschwert haben, dass man in diesem Zusammenhang die Kontrolle des Parlaments nicht mehr durchführen kann. Man kann nämlich nicht mehr kontrollieren, wofür das Geld ausgegeben wird. Das war vorhin meine Kritik.

Claudia Köhler (GRÜNE): Das stimmt doch gar nicht!

Michael Hofmann (CSU): Zweitens. Das Haushaltsrecht sieht vor, wie Sie gerade gesagt haben: ein unvorhergesehenes und unabweisbares Bedürfnis. Unvorhergesehen ist die Krise tatsächlich nicht, da haben Sie recht. Unvorhergesehen ist das Handeln der Bundesregierung und das, was wir an finanziellen Mitteln als Freistaat Bayern einsetzen können und wofür. In diesem Zusammenhang verweise ich noch einmal auf die Prinzipien der Klarheit und Wahrheit des Haushalts.

Claudia Köhler (GRÜNE): Genau!

Michael Hofmann (CSU): Diese sind in diesem Zusammenhang notwendig. Das war unter den gegebenen Umständen nicht einzuhalten. Vor diesem Hintergrund können wir Artikel 37 selbstredend anwenden.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Köhler, bitte schön.

Claudia Köhler (GRÜNE): Ich finde es putzig, dass Ihnen auf einmal die Klarheit und Wahrheit des Haushalts so wichtig sind. Im Haushalt 2023 steht: Sonderkapitel 13 23, Härtefallfonds, 1,5 Milliarden Euro, und dann steht da nichts mehr.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER) – Unruhe)

Das würde aber gelten. Das könnten wir nutzen.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

– Sie haben mich etwas gefragt, und ich antworte Ihnen. – Das würde gelten, hätten wir es rechtzeitig beschließen können. Wir schlagen Ihnen seit etwa zweieinhalb Monaten vor, einen Nachtragshaushalt mit so etwas Ähnlichem wie dem Corona-Fonds zu machen.

(Petra Guttenberger (CSU): So etwas Ähnliches!)

Sie haben den Vorschlag jedes Mal abgelehnt. Im Hohen Haus haben Sie die Dringlichkeitsanträge abgelehnt, zuletzt Mitte November, endlich per Nachtragshaushalt diesen Härtefallfonds auf den Weg zu bringen, damit er im Winter greift.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ihr wollt es doch einfach nicht!)

Jetzt jammern Sie. Aber das geht nicht. Ich sage Ihnen etwas: Mit dem Notbewilligungsrecht versuchen Sie, das Parlament zu umgehen. Sie sind in der Regierungsverantwortung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sind in der Regierungsverantwortung und sollten eigentlich versuchen, das Parlament zu stärken.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Kollegin Köhler, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Claudia Köhler (GRÜNE): Ja, passt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Köhler. – Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser für die FDP-Fraktion.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Antrag von CSU und FREIEN WÄHLERN, erster Absatz: Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Hilfen zeitnah zu konkretisieren, möglichst umfassend und ausreichend auszugestalten und schnell auf den Weg zu bringen. – Super Idee, darauf wären die in Berlin nie gekommen. Ich schlage vor, dass Sie "Bundesregierung" durch "Staatsregierung" ersetzen, dann wird ein Schuh daraus.

(Beifall bei der FDP – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Was sind denn das für alberne Vorschläge? Regiert Bayern in Berlin?)

– Herr Kollege Pohl, Sie haben noch genug Gelegenheiten, mit Zwischenfragen nachzuhaken.

Zum zweiten Absatz: "Der Landtag unterstützt den von der Staatsregierung angekündigten Härtefallfonds". – Der Landtag soll den von der Staatsregierung angekündigten Härtefallfonds Bayern unterstützen. Es ist sehr überraschend, dass die Mehrheit des Landtags die Staatsregierung unterstützen soll. Dass das einen Dringlichkeitsantrag wert ist, finde ich lustig.

Aber das besondere Highlight ist natürlich der dritte Absatz. Aus meiner Sicht wird der Landtag zum offenen Rechtsbruch aufgefordert. Anders kann ich das nicht bezeichnen. Nach Artikel 37 der Bayerischen Haushaltsordnung – dieser ist vorher bereits zitiert worden – ist das nur im Falle eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses möglich. Insbesondere liegt diese Tatsache nicht vor, wenn man das noch mit einem Nachtrag hätte machen können.

Unvorhergesehen? – Wir diskutieren seit Wochen und Monaten über Hilfen. Seit mehreren Monaten wird an verschiedenen Stellen angekündigt, wenn auch immer wieder sehr unpräzise, dass es demnächst einen Härtefallfonds geben wird. Da kann keiner von "unvorhergesehen" reden.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Dann soll der Lindner in die Puschen kommen! – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Unvorhergesehen ist das, was in Berlin passiert oder nicht passiert!)

In den Ausführungsbestimmungen steht: Das Etatbewilligungsrecht des Parlaments hat Vorrang vor dem Notbewilligungsrecht. – Noch einmal: Das Verfahren ist ganz klar geregelt. Man kann einen Antrag stellen. Dieser hängt von der Zustimmung des für die Finanzen zuständigen Staatsministeriums ab. Wenn die Zustimmung gegeben wird und man der Meinung ist, dass das im Rahmen des Ermessens nicht gewürdigt worden ist, dann kann man dagegen rechtlich vorgehen.Auf der anderen Seite aber zu

versuchen, eine Hintertür über den Haushaltsausschuss zu haben, zeigt doch, dass Sie selbst total unsicher sind, ob das Ganze rechtlich wirklich hält.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann nur sagen: Was hier steht, ist für mich eine klare Aufforderung zum Rechtsbruch; das kann und will ich so einfach nicht stehen lassen.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Kaltenhauser. – Nächster Redner ist der Kollege Harald Güller für die SPD-Fraktion.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es geht hier eben nicht "nur" um die Umgehung dieses Parlaments, sondern es geht auch inhaltlich um eine wirklich wichtige Frage für unser Land. Es geht darum, dass diese bayerische Staatsregierung die letzten Monate schlicht verschlafen hat

(Thomas Huber (CSU): Sie reden von der Bundesregierung, oder?)

und in Untätigkeit immer nach Berlin gezeigt hat und gesagt – –

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wenn einer etwas getan hat, dann war es Bayern!)

– Jetzt hören Sie einmal auf mit dem Brüllen, machen Sie stattdessen Ihre Ohren auf und hören ein bisschen zu; vielleicht verstehen Sie etwas, Frau Kollegin.

(Beifall bei der SPD)

– Es geht darum, dass man nicht warten kann, bis in Berlin das allerletzte Komma und Strichpünktchen bei den Programmen gesetzt ist. Wir haben in Bayern ein eigenes Parlament, einen eigenen Haushalt und eine eigene Staatsregierung und sind natürlich gefordert, für unsere Menschen in Bayern, für die sozialen Einrichtungen und die Wirtschaft jetzt zu handeln.

(Beifall bei der SPD – Petra Guttenberger (CSU): Aber ihr habt doch die Gesetzgebungskompetenz!)

Kolleginnen und Kollegen, dazu gehört Krisenreaktion. Ihre bisherige Krisenreaktion besteht einfach aus Tiefschlaf und Warten, bis das Christkindl kommt, und zu sagen, dann tun wir nächstes Jahr etwas. Das ist nicht das Verständnis der Sozialdemokratie von Hilfen für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Herr Hofmann hat vorhin gesagt, Sie wüssten, dass Sie Geld einsetzen wollten, Sie wüssten, wann Sie Geld einsetzen wollten; Ihr Problem sei, Sie wissen nicht, für was Sie das Geld einsetzen wollen. – Kolleginnen und Kollegen, wir wissen zum Großteil, für was wir das Geld einsetzen wollen. Wir wollen für die Sozialwirtschaft Geld einsetzen. Wir wollen auf Vorschläge, die von der freien Wohlfahrtspflege Bayern, von der Arbeiterwohlfahrt, vom BRK, von der Caritas und der Diakonie an uns herangetragen wurden, eingehen, denen zufolge den einzelnen Einrichtungen geholfen werden muss. Wir wollen auf ihre Notlage reagieren und sie daraus befreien. Wir wollen darauf reagieren, dass die Bürgerinnen und Bürger in Bayern in einer peinlichen Notlage sind und gezielte Hilfen für einzelne Bürger, für die Kulturwirtschaft, aber auch für unsere Vereine auf den Weg bringen.

(Beifall bei der SPD)

All dies passiert in einem parlamentarischen Verfahren und nicht in einem blinden Glauben an die Staatsregierung, den Sie an den Tag legen und sagen: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir warten einmal, was uns die Staatsregierung vorlegt, und dann nickt es der Haushaltsausschuss ab,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

weil er nichts anderes machen kann. – Uns geht es darum, dass dieses Parlament eigene Anträge stellen und eigene Ideen einbringen kann, dass wir um die beste Lö-

sung ringen, anstatt einfach das entgegenzunehmen, was der Staatsregierung irgendwann Anfang des nächsten Jahres in ihrer großen Gnade kurz vor dem Wahlkampf einfällt. Darum geht es im Kern, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Alexandra Hiersemann (SPD): Bravo!)

Dafür kämpfen wir, und deswegen ist es richtig, einen Nachtragshaushalt mit der von Frau Köhler aufgezeigten Systematik heute zu beschließen und ihren Käse-Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Michael Hofmann von der CSU-Fraktion.

Michael Hofmann (CSU): Lieber Herr Kollege Güller, am 9. August wurde die Verordnung zur Gasumlage rückwirkend aufgehoben; das war am 9. August. Am 18. November hat das Bundeskabinett jetzt erst einmal die Gas- und Strompreisbremse beschlossen. Bis Anfang dieser Woche wusste die Bundesregierung noch nicht einmal, ob sie in dem Zusammenhang Holz- und Ölheizungen fördern wird oder nicht.

Ihre Sachverständige in diesem Rat, Frau Prof. Dr. Grimm aus Erlangen, hat erklärt, dass man das auf Bundesebene Beschlossene schon viel früher hätte haben können. Aber Sie werfen uns vor, wir wüssten nicht, wofür wir das Geld einsetzen wollten und Sie wüssten es schon. – Noch mehr kann man sich doch nicht blamieren, Herr Kollege Güller. Sie fahren einen Zickzackkurs, der sich echt gewaschen hat. Ich frage mich allmählich: Haben wir eigentlich eine Energiepreiskrise oder eine Bundesregierungskrise?

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Beides!)

Die Art und Weise, wie Sie manchmal miteinander streiten, könnte glatt auf Letzteres hindeuten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Güller hat jetzt das Wort.

Harald Güller (SPD): Herr Kollege Hofmann, die Frage können Sie selbst beantworten. Welche Defizite Sie haben, weiß ich allerdings sehr genau. Sie haben das Defizit, lediglich anderer Leute Ideen zur Kenntnis zu nehmen. Ich verweise auf Dringlichkeitsanträge der SPD vom Mai, Juni, September und Oktober dieses Jahres. Wenn Sie das noch einmal nachlesen wollen, hier die Drucksachen: 18/23021, 18/23241, 18/24120 und 18/24736. Dort finden Sie ganz konkrete Vorschläge der Sozialdemokratie für die Unternehmen, für die Bürgerinnen und Bürger und für die Sozialwirtschaft hier in Bayern.

(Unruhe)

Wenn Sie nicht immer nur nach Berlin schauen, sondern selbst etwas tun würden, dann hätten wir das schon lange auf den Weg bringen können, und das Ganze auch in einem Nachtragshaushalt. Von mir aus geht das auch in den nächsten zwei Wochen. Von mir aus kann das auch zwischen Weihnachten und Neujahr sein. Das ist kein Problem.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Güller. – Der Herr Abgeordnete Mang hat für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! In dieser Debatte geht es um einen Antrag der CSU, den Härtefallfonds zur Abmilderung der Energiepreise schnell umzusetzen. Es ist schon bemerkenswert, dass sich die Regierungsfraktionen gezwungen sehen, die Regierung Söder auffor-

dern zu müssen, damit sie die Hilfen für die Bevölkerung zügig umsetzt. Wir teilen natürlich die Befürchtung, dass einem Herrn Söder die Belange der Bevölkerung ziemlich egal sind.

Allerdings sehen wir uns deswegen nicht in der Pflicht, hier der Regierung einen Blankoscheck auszustellen, und schon gar nicht einer Regierung Söder, welche sich nicht ohne Grund mit mehreren Klagen der AfD auseinandersetzen muss, weil sie Steuergelder verfassungswidrig verschwendet oder die Verwendung von Steuergeldern der Kontrolle des Obersten Rechnungshofs entziehen will.

Laut Antrag soll der Härtefallfonds im Rahmen des Notbewilligungsrechts bereits vor der Verkündung des Haushaltsplans auf den Weg gebracht werden. – Ja, der Härtefallfonds ist bereits auf dem Weg, aber mit reichlich von der Regierung verschuldeter Verspätung. Da muss ich auch noch einmal einhaken: Wir von der AfD-Fraktion waren es, die es schon als Erste bereits vor der Sommerpause moniert und das Problem gesehen haben, dass wir dringend einen Nachtragshaushalt benötigen, um diese Probleme im Winter in den Griff zu bekommen. Sie brauchen uns jetzt also nicht mit Notbewilligungsrecht zu kommen.

Jetzt steht noch nicht einmal fest, unter welchen Voraussetzungen die Hilfen bewilligt werden sollen oder wer überhaupt in den Genuss der Hilfen kommen soll, wobei ein Nutznießer schon feststeht.

(Unruhe)

Ein Wirtschaftsunternehmen soll für bis zu 50 Millionen Euro die Internetplattform erstellen und die dort eingereichten Anträge bearbeiten. Die allesamt so internetaffinen Rentner werden es Ihnen danken, wenn sie mit klammen Fingern die Anträge online ausfüllen dürfen.

Anhand der wenigen Informationsbröckchen, die uns bisher vorliegen, besteht wenig Hoffnung, dass dieser Fonds großen Nutzen für die Bevölkerung haben wird. Das ken-

nen wir schon leidvoll von dem sinnlosen BayernFonds, ein Fonds mit gigantischem Volumen ohne nennenswerten Nutzen für das Volk.

Wir lehnen den Antrag ab, da ein Konzept nicht einmal in Grundzügen vorliegt, geschweige denn zielgruppengerecht konzipiert sein wird und nur wieder ein großartiges Geschäft für ein privates Wirtschaftsunternehmen darstellt.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass sämtliche Corona-Beschränkungen aufgehoben werden müssen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der Kollege Manfred Eibl hat für die FREIE-WÄHLER-Fraktion das Wort.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich frage mich an dieser Stelle: Was werden die betroffenen Privatleute und Unternehmen denken, wenn Sie diese Debatte heute verfolgen und wieder die Ausführungen der Opposition hören?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): So schaut es aus! Hoffentlich hören es viele!)

Von der Oppositionsseite wird das Notfallrecht und Bewilligungsrecht angezweifelt. Was gibt es in der aktuellen Situation, die draußen vorherrscht, mehr zu berücksichtigen? Es geht um Liquiditätsprobleme und um das Überleben von Betrieben; wir müssen schnellstmöglich all das bewerkstelligen und die Voraussetzungen dafür schaffen, um den betroffenen Menschen draußen und Unternehmen schnellstmöglich zu helfen.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Das wird hier in dieser Art und Weise infrage gestellt. Der Kollege Michael Hofmann hat es mehrfach ausgeführt: Wir haben bis heute noch keine gesetzliche Grundlage seitens des Bundes. Wir alle wissen, wie das bayerische Haushaltsrecht ausschaut,

dass wir erst auf die Fördermaßnahmen des Bundes aufsetzen können. Wir wollen in Notsituationen helfen.

Des Weiteren wird an uns gezweifelt und behauptet, dass wir seit drei Monaten nichts gemacht hätten. Was meinen Sie, was da alles an Arbeit dahintersteckt? Es wurden natürlich Branchen, Kammern, Vertreter aus verschiedenen Verbänden und Organisationen einbezogen. Wenn es so weit kommen soll und muss, wird gefragt: Wie können wir diese Gelder bereitstellen? Wie können sie vernünftig und zielführend eingesetzt werden?

Der Bund stellt keine Antragsplattform zur Verfügung. Aber es wurde vereinbart und vorbereitet, dass die Industrie- und Handelskammern in bewährter Art und Weise die Antragstellung in digitaler Form ermöglichen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das stimmt doch gar nicht!)

Es wurden Härtefallkommissionen in Erwägung gezogen, um die dementsprechenden Voraussetzungen zu schaffen. Wenn in so einer Notfallsituation das Notbewilligungsrecht nicht greift, dann verstehen das vielleicht Sie, aber nicht die Menschen draußen. Das sage ich Ihnen ganz deutlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE) – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Die Bayerische Staatsregierung hat sich zum Ziel gesetzt, Lücken der Bundesprogramme – ich betone: Lücken der Bundesprogramme – so zu füllen, dass Organisationen und Unternehmen einschließlich gemeinnütziger Unternehmen in besonderen Härtefällen in Form eines Zuschusses unterstützt werden. Das ist unsere Ausrichtung. Das ist unsere Maßnahme. Da wollen wir hin.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Ich komme zum Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN, der FDP und der SPD: Ein bayerischer Härtefallfonds wurde noch nicht konkretisiert – das ist zutreffend. Das kann man auch nicht, wenn die Inhalte des Bundesprogramms noch nicht vorliegen. Es würde natürlich keinen Sinn machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir kennen zum heutigen Zeitpunkt nicht die Ausführungen und die konkreten Festlegungen. Details sind immer noch offen. Diese müssen wir dann noch einarbeiten und konkretisieren. Alles andere wäre ein haushaltstechnisches Stückwerk. Meine Damen und Herren, das ist Fakt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Ich bitte Sie, unserem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER und der CSU zuzustimmen. Den gemeinsamen Dringlichkeitsantrag der Oppositionsparteien, GRÜNE, SPD und FDP, lehnen wir ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt zwei Wortmeldungen zu einer Zwischenbemerkung. Die erste Zwischenbemerkung kommt von der Kollegin Claudia Köhler vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrter Kollege Eibl, das Notbewilligungsrecht ist ganz klar in der Haushaltsordnung geregelt. Was Sie hier vorlegen, ist rechtswidrig und verfassungswidrig.

(Petra Guttenberger (CSU): Schmarrn!)

Die Regelung gilt für ein unvorhergesehenes Ereignis. Der Ministerpräsident selbst hat den Härtefallfonds im Oktober bereits angekündigt. Es ist also nicht unvorhergesehen!

Sie ziehen so ein schweres Instrument heran und relativieren wirklich unvorhergesehene Ereignisse damit auch – das muss man an der Stelle auch mal sagen. Warum ist der Ministerpräsident abwesend, wenn Sie etwas auf den Weg bringen wollen, mit dem Sie das Parlament umgehen wollen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zurufe der Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER) und Michael Hofmann (CSU))

Im Dezember – –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Eibl hat das Wort.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Köhler, ich sage noch einmal: Wir können doch zum heutigen Zeitpunkt – Sie können das auch nicht – nicht im Detail sagen, welche unterstützenden und begleitenden Maßnahmen vom Bund folgen werden.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Das muss man auch nicht!)

Derzeit versuchen wir alles, um im Januar 2023 die Antragstellung zu ermöglichen. Das ist unsere Ausrichtung. Dabei handelt es sich ausdrücklich um einen Fall im Sinne des Notfallrechts.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Nein!)

– Ich gehe mit 100-prozentiger Sicherheit davon aus, dass das geprüft wurde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Harald Güller von der SPD-Fraktion.

Harald Güller (SPD): Herr Kollege Eibl, Sie haben gesagt, den Menschen draußen geht es nicht um das Notbewilligungsrecht, sondern um Inhalte.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Richtig.

Harald Güller (SPD): Deswegen frage ich Sie jetzt einmal nach einem dieser Inhalte, die wir demokratischen Oppositionsfraktionen in dieser Woche bei einem Gespräch mit der AWO, dem BRK, der Caritas, der Diakonie und der freien Wohlfahrtspflege besprochen haben. Die fragen ganz konkret: Kommt es bei der wirtschaftlichen Notfallhilfe auf eine Einzelfallbetrachtung der Einrichtung an oder auf die Insolvenzgefahr einer gesamten gemeinnützigen Organisation? Reicht die Gewinn- und Verlustrechnung für die einzelne Einrichtung? Auf diese Fragen hätten wir im parlamentarischen Verfahren innerhalb einer Woche locker eine Antwort. Dann gäbe es nämlich Anträge, über die der Haushaltsausschuss beraten würde, und dann wäre das Ding geklärt. Im Moment ist das nicht geklärt. Deswegen teilen Sie den Bürgerinnen und Bürgern draußen und auch den Sozialorganisationen einmal mit, was der Herr Eibl dazu sagt. Kann er das zusagen? Ja oder nein? Warum braucht man das Parlament dazu nicht, sondern nur einen so schlauen Redner wie Sie?

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Güller, wenn der Kollege Eibl im Kabinett sitzen würde, dann würden meine Ausführungen vielleicht anders ausfallen. Ich bin Abgeordneter in diesem Parlament. Ich kann nur sagen: Es werden derzeit alle Maßnahmen nach Übermittlung der Fakten und Daten seitens des Bundes konkretisiert. Mehr sage ich dazu nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Aus den Reihen der Staatsregierung haben sich gleich zwei Minister zu Wort gemeldet. Zuerst erteile ich dem Staatsminister Hubert Aiwanger das Wort.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann nur sagen: Ich bin sehr schockiert über die Regierungsunfähigkeit von Rot-Gelb-Grün.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zurufe der Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE) und Dr. Simone Strohmayr (SPD))

Was Sie hier präsentieren, ist geradezu skandalös. Sie diskutieren die Unvorhersehbarkeit einer nötigen Rettungsaktion. Das ist, als ob jemand ertrinkt und im Wasser liegt und Sie darüber diskutieren, ob der Rettungsschwimmer, der am Ufer steht, reinspringen darf und ihn retten soll oder ob man erst denjenigen verklagen sollte, der den Weiher nicht eingezäunt hat. Sie haben es nicht kapiert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Margit Wild (SPD): Frechheit! – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Unverschämtheit! – Zurufe der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE) und Benjamin Adjei (GRÜNE) – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Machen Sie Ihre Arbeit!)

Noch einmal zum Werdegang: Wir haben massiv steigende Energiepreise und eine Inflation. Diese ist energiepreisgetrieben, und zwar aufgrund des Krieges in der Ukraine. Seit dem Frühjahr dieses Jahres appellieren wir aus Bayern in Richtung Berlin, diese Problemlage zu erkennen und die Energiepreise in den Griff zu kriegen, um eben diese Auswirkungen abzumildern, die wir heute bekämpfen müssen. Was haben Sie getan? –

(Zuruf des Abgeordneten Johann Häusler (FREIE WÄHLER))

Bis in den Hochsommer hinein haben Sie gesagt: Die hohen Preise sind wichtig für die Lenkungswirkung.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Hört, hört! – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Sogar Herr Lindner von der FDP, der Oberliberale, hat gesagt, wir brauchen diese hohen Energiepreise zum Lenken und Sparen, damit die Bürger und die Wirtschaft sparen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): So ist es! – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): So ist es! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Genau so ist es!)

Sie haben noch an einer Gasumlage gefeilt, um den Preis noch weiter zu erhöhen, als es schon längst nötig gewesen wäre, die hohen Preise zu reduzieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Plötzlich haben Sie gemerkt: Hoppla, wir sind ja in der völlig falschen Richtung unterwegs, jetzt fahren wir doch in die andere Richtung. – Jetzt machen Sie seit Monaten missglückte Versuche, die Energiepreise irgendwie wieder in den Griff zu bekommen, und haben endlich erkannt, dass man wohl mit einem Preisdeckel reingehen müsste, den wir seit spätestens Oktober dieses Jahres fordern. Er wird jetzt eventuell – das weiß man aber noch nicht genau – im Januar 2023 kommen. Die Ausgestaltung ist aber noch unklar. Viele Betriebe wissen noch nicht, ob sie überhaupt in den Genuss kommen werden, weil wieder diverse Zusatzkriterien vorgeschrieben werden, sodass ein Unternehmer, der es halbwegs aushält, keinen Preisdeckel verordnet bekommt, sondern weiterhin mit den hohen Preisen agieren muss. Selbst derjenige, der den Bach runterzugehen droht, bekommt nur 70 bis 80 % seines früheren Verbrauchs gedeckelt. Den Rest, die 20 bis 30 %, muss er wieder frei am Markt kaufen. Es kann sein, dass diese 20 bis 30 % ihn umbringen. Das ist Ihnen aber wurscht, weil Sie keine Unternehmer sind und gar nicht wissen, was da draußen los ist!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Jetzt sagen Sie: Ja, der Freistaat Bayern hätte schon längst handeln müssen. – Erstens hat Kanzler Scholz gesagt: Wir lassen niemanden zurück. Wir kümmern uns um alle. – Dann wurde – Stichwort "Doppel-Wumms" – eine Finanzsumme von über 100 Milliarden Euro definiert, die man brauchen würde, um diese Energiepreisprobleme auch nur halbwegs in den Griff zu bekommen.

(Zurufe der Abgeordneten Ruth Müller (SPD) und Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU))

Jetzt wissen Sie – dazu brauchen Sie gar nicht den Königsteiner Schlüssel –: Wenn wir deutschlandweit 100 Milliarden Euro brauchen, dann bräuchten wir ungefähr 15 bis 20 Milliarden Euro nur für Bayern, weil wir industriestärker sind als andere Bundesländer. Wir bräuchten in Bayern an die 20 Milliarden Euro, um das abzuwiegeln, was Scholz und Lindner – –

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Was machen Sie denn hier in Bayern? – Das ist alles verzögert!)

– Lassen Sie mich den Satz mal zu Ende führen, vielleicht kapieren Sie es dann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wenn wir 15 bis 20 Milliarden Euro allein in Bayern brauchen, dann können Sie doch von uns nicht erwarten, dass wir bereits im Mai, Juni, Juli oder August, als wir natürlich erkannt haben, dass man etwas tun muss, mit 15 bis 20 Milliarden Euro aus dem bayerischen Landeshaushalt das vorwegnehmen, was der Bund seit Monaten in Aussicht stellt. Fragen Sie nachher den Kollegen Füracker, wo er diese 15 bis 20 Milliarden Euro hergenommen genommen hätte! Der Bund hätte dann gesagt: Na ja, die Länder haben das Problem schon gelöst, wir brauchen nichts weiter zu tun.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Dann hätten wir vorneweg bayerisches Geld hinausgeschoben, und der Bund hätte gesagt: Okay, die verbliebenen 80 Milliarden Euro verteilen wir im Rest der Republik. Bayern hat ja sein Problem gelöst.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das gleiche Thema hatten wir bei den Corona-Soforthilfen. Damals sind wir als Erste losmarschiert und sind dann mit bayerischem Geld hängen geblieben. Einige andere

Länder haben ein paar Monate oder ein paar Wochen länger gebraucht, bis dann der Bund kam. Diese Länder konnten mit Bundesmitteln Dinge abdecken, die wir in Bayern mit bayerischen Mitteln abdecken mussten. Aus der Corona-Krise lernen, hieß für uns, erst einmal abzuwarten, was der Bund tut, um eine sinnvolle Ergänzung zu erreichen. Zunächst muss geschaut werden: Was räumt der Bund ab? Was dann als Lücke bleibt, machen wir. Wir können doch nicht vorher schon die Aufgaben des Bundes lösen, damit der Bund sagt: Fall erledigt, wir brauchen nichts mehr zu tun.

(Zurufe)

Wir haben bis heute keinen Plan des Bundes, der belastbar genug ist und der zeigt, was der Bund für die Wirtschaft im Detail tun will. Wir sind deshalb gezwungen, jetzt Schlimmeres zu verhindern. Wir schaffen eine bayerische Härtefallhilfe, die eine Existenzgefährdung für kleine und mittlere Unternehmerinnen und Unternehmer mit bis 249 Mitarbeitern abwenden soll, wenn diese aufgrund der gestiegenen Energiepreise in Existenznot geraten.

(Arif Taşdelen (SPD): Sie haben die Energiewende verschlafen!)

– Wir haben die Energiewende verschlafen? – Danke für das Stichwort. Ich zeige Ihnen noch einen Sündenfall auf. Die Strompreise hängen an den Gaspreisen und wurden dadurch hochgezogen. Dieses Problem haben Sie bis heute nicht gelöst.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Jeder Fachmann hatte Ihnen gesagt: Entkoppeln Sie den Strompreis vom Gaspreis. Dann wären nicht so viele Unternehmen in die Existenznot manövriert worden. Aber Sie wollten ja die Lenkungswirkung der hohen Preise. Sie haben die Unternehmer absichtlich in die Situation gebracht, in der sie heute sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie haben absichtlich die Stresstests zur Verlängerung der Laufzeit der Atomkraftwerke über Monate verzögert, mit falschen Zahlen gearbeitet, und mussten dann kurz vor knapp die Verlängerung der Laufzeit der Atomkraftwerke wenigstens um ein paar Monate akzeptieren. Sie haben bis heute nicht kapiert, dass wir die Atomkraft im nächsten Winter wieder bräuchten. Sie haben mit Ihrem Versagen, mit Ihrer ideologischen Fehllenkungswirkung, die Krise produziert, die andere Länder in Europa vorher schon abgewiegelt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dann haben Sie über Monate hinweg kein Programm zustande gebracht.

(Zurufe)

Vor wenigen Tagen gab es wieder eine Ministerpräsidentenrunde, und bis heute ist nicht endgültig geklärt, ob sich der Bund zur Hälfte an den Aufwendungen der Länder beteiligen wird oder nicht. Kanzler Scholz hat gesagt: Jawohl, der Bund trägt alles. Der Wirtschaftsminister sagt dagegen: Nein, jeder macht fifty-fifty. Das ist bis heute nicht ganz wasserdicht geklärt. Wenn wir jetzt mit bayerischem Geld reingehen, wissen wir nicht, ob das bayerisches Geld bleiben wird oder ob der Bund die Hälfte übernimmt. Das wissen wir bis heute nicht. So schaut es aus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Also, ein Totalversagen auf ganzer Linie. Sie hinterlassen uns diese Baustelle.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): So ein Schmarrn! Wer regiert denn in Bayern?)

Wir versuchen seit Monaten, ein Programm zu erarbeiten, mit dem wir Lücken schließen können. Aber Ihre Lücke ist so breit wie ein Scheunentor. Eigentlich müssten wir alles abdecken. Das ist unser Problem.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Das ist doch Ihre Sache! Das hätten Sie machen können!)

Deshalb noch einmal: Wir haben als erstes Bundesland einen Energie-Liquiditätskredit, der seit dem 1. Dezember abrufbar ist. Wir haben als erstes Bundesland einen Härtefallfonds eingerichtet, der ab Januar abrufbar sein wird. Dieser Fonds wird uns viel Geld kosten, weil Sie versagt haben. Wir haben ihn trotzdem eingerichtet, weil es uns um die Existenz der Betriebe geht. Sie haben bis heute im Bundesprogramm die Existenzgefährdung nicht als Kriterium benannt, sondern einen Rasenmäher eingebaut: Jeder, der über eine Vervierfachung der Energiepreise hinauskommt, bekommt eine Monatsabschlagszahlung. Da werden Großbetriebe, die den Gewinn ihres Lebens gemacht haben, weil sie die Kosten weitergeben konnten, Geld bekommen. Daneben wird ein Betrieb, bei dem sich die Energiepreise nur verdreifacht haben, der aber daran zugrunde geht, links liegen gelassen. Hauptsache, es ist schnell gegangen. Ein sozialistisches Einheitsmodell für alle, das ist die Ampel.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir fangen mit unserem Programm die auf, die wegen Ihrer verfehlten Energiepolitik in Existenznot geraten, und hoffen, dass Ihre Hilfsprogramme möglichst schnell greifen, damit nicht ganz so viele bei uns auf der Intensivstation ankommen. Bringen Sie endlich Ordnung in Ihre Reihen! Diese Ampel funktioniert nicht! Sie hinterlässt eine Milliardenbaustelle für die bayerische Wirtschaft.

Bei den sozialen Einrichtungen ist zunächst der Bund gefragt. Wir müssen Lücken füllen. Wenn wir nicht wissen, wo sich die Lücken befinden, wird es schwer. Trotzdem schaffen wir auch dafür Programme, weil Sie versagt haben. Jetzt sind wir in der Notlage, ein Programm rechtssicher zu machen, und müssen überlegen, wie wir die bayerischen Hilfsgelder titulieren.

Ich schließe mich meinem Vorredner Manfred Eibl an: Dem Zuhörer, dem das Wasser bis zum Hals steht, weil er zu Hause eine Bäckerei hat und eine Verdreifachung der Preise für Öl, Gas oder sonstiger Preise aushalten muss, ist es egal, was Sie als Überschrift drüberschreiben. Von uns kommt Geld! Wir retten, und Sie schlafen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Bravo! – Alexander König (CSU): Guter Mann!)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Minister, wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt von Herrn Dr. Kaltenhauser.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Staatsminister, an Ihrer Stelle würde ich es rhetorisch auch so machen und mich auf die Details der einzelnen Regelungen konzentrieren. Die Diskussion ist aber eine ganz andere. Wir sprechen hier über das Notbewilligungsrecht. Ich kann nur sagen: Ein Blick in das Gesetzbuch erleichtert die Rechtsfindung.

Ich bleibe einmal bei Ihrem Beispiel vom Rettungsschwimmer. Der Rettungsschwimmer ist schon seit zwei Monaten draußen. Das gilt auch für den bayerischen Rettungsschwimmer. Ganz konkret: Warum haben Sie die Konstruktion des Härtefallfonds, die Sie für den Haushalt 2023 gewählt haben, nicht bereits vor zwei Monaten als Nachtragshaushalt eingebracht? Da steht nicht so viel mehr drin. Das wäre sauber gewesen, und wir hätten die Möglichkeit gehabt, ganz anders mit Änderungsanträgen zu arbeiten, als das bei dieser "Krücke", bei der Sie sich selber nicht sicher sind, ob sie tragen wird, der Fall ist.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, Ihre Redezeit.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Darum geht es. Es geht nicht um den Härtefallfonds. Seine Notwendigkeit wird von uns nicht bestritten.

(Beifall bei der FDP)

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Herr Kollege Kaltenhauser, meine Antwort: weil wir davon ausgegangen sind, dass bei der Ampel noch eine wirtschaftspolitische Restkompetenz vorhanden ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben geglaubt, dass im Laufe des Herbstes und des Winters seit Monaten versprochene Programme irgendwann greifen müssen. Jetzt müssen wir unvorhergesehen noch vor Weihnachten retten. Dann tun wir das eben. Wir retten unvorhergesehen, weil wir nicht davon ausgehen konnten, dass in Berlin solche Nieten sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Tolles Niveau! Voll daneben!)

Präsidentin Ilse Aigner: Die zweite Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Franz Bergmüller.

Franz Bergmüller (AfD): Staatsminister Hubert Aiwanger, du sprachst gerade vom sozialistischen Einheitsmodell für alle. Wo siehst du die Ursache dafür, dass wir nur noch Symptome bekämpfen? Ursache ist doch die verfehlte Sanktionspolitik, die uns mehr als alle anderen schädigt. Auch wenn wir noch ein paar Hundert Milliarden Euro hernehmen: Wir werden die Folgen dieses irrsinnigen und preistreiberischen Sanktionsmodells nicht beheben können. Wir bekämpfen nicht die Ursachen, sondern schütten immer wieder Geld um. Das ist Sozialismus.

Du hast von der Entkopplung des Gaspreises vom Strompreis gesprochen. Du willst das ändern. Ich habe davon gesprochen, das Merit-Order-System zu verändern. Was ist der Ansatz des Wirtschaftsministers in dieser Frage?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Die Merit-Order ist natürlich kein bayerisches Konstrukt. Wir können in Bayern nicht Strom- und Gaspreise entkoppeln. Das ist Bundespolitik. Die ideologische Fehlsteuerung der bundesdeutschen Energiepolitik ist mit die Hauptursache für den heutigen Stand. Der Strom könnte deutlich billiger sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch der Gasbezug für den Wirtschafts- und Privatkunden müsste und könnte längstens deutlich günstiger sein, wenn der Bund wollte.

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Man hätte das Thema Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke entkoppeln, sich gezielt auf das Thema Gas konzentrieren und die hohen Gaspreise gezielt abfedern können. All das hat die Ampel aus ideologischer Fehlsteuerung nicht getan nach dem Motto: Hohe Preise sind gut fürs Klima!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Minister. – Als Nächstem erteile ich Herrn Staatsminister Albert Füracker das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Liebe Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege König weist mich gerade darauf hin, ich hätte vier Minuten Zeit. Ich habe gesagt, vierzig Minuten bräuchte man, um richtig zu stellen, was hier alles erzählt wird.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Das hat Herr Aiwanger gesagt!)

– Ich wünsche Ihnen die große Kraft, auch einmal zuhören zu können. Das ist mein Weihnachtswunsch an Sie.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, die Diskussion um die Hilfen, insbesondere wegen der Auswirkungen der durch Russland verursachten Ukraine-Lage, begann damit, dass der Bundeskanzler der Nation erzählt hat, niemand werde alleinegelassen werden, man werde allen Menschen helfen, und danach werde niemand ärmer sein als zuvor.

(Zuruf: Daran könnten Sie sich ein Beispiel nehmen!)

Dann hat der Bundeskanzler erklärt, wenn jemand trotz all dieser Hilfen durch das Raster fallen sollte, werde der Bund einen Härtefallfonds auflegen, um diesen Menschen zu helfen. Die Menschen, die dem Bundeshärtefall anheimgestellt werden,

könnte man durch die Länder unterstützen. Dies war der Beginn der ganzen Diskussion.

Herr Kollege Aiwanger hat dann den weiteren Zeitverlauf dargestellt. Hätten wir im Sommer, als es die Debatte über einen Nachtragshaushalt gab, in diesen Nachtragshaushalt hineingeschrieben, wofür das Geld verwendet werden soll, hätten wir nicht subsidiär ergänzen können, da wir – ich sage das noch einmal, weil es der Wahrheit entspricht – zum Beispiel erst diese Woche erfahren haben, dass der Bund jetzt nicht selbst einen Härtefallfonds auflegt, sondern den Ländern Geld gibt, um damit bei ihren Härtefällen etwas zu tun. Wir haben erst vorgestern oder vorvorgestern erfahren, dass der Bund jetzt auch bei Pellets und Öl helfen wird. Nur diese zwei Beispiele: Hätten wir zum Beispiel im Nachtragshaushalt stehen, wir zahlen bayerische Hilfen für Pellets und Öl, hätte es sein können, dass wir dafür überhaupt nicht mehr zahlen müssen, weil der Bund das schon übernimmt. Dann ist die Titelgruppe Pellets und Öl im Nachtragshaushalt gebunden und auch für nichts anderes mehr verwendbar. Ich will es nur sagen. Ich weiß gar nicht, worüber und warum wir uns aufregen. Ich bin ehrlich erschüttert. Ich muss teilen, was Herr Kollege Aiwanger gesagt hat: Wenn uns die Menschen, die Hilfe erwarten, zuhören, glauben sie, der Landtag ist der Härtefall.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Menschen würden zu dem Eindruck gelangen, dass dieser Härtefall Landtag sogar existenzgefährdend sein könnte. Wenn man sich so benimmt, glaube ich, wird in Zukunft hinterfragt werden, warum wir und unsere Debatten benötigt werden.

Wir wollen helfen. Alle wollen helfen. Das ist die Überschrift. Alle wollen helfen. Will irgendjemand nicht helfen? Ist bisher irgendjemandem nicht geholfen worden, weil wir keinen Nachtragshaushalt hatten?

(Claudia Köhler (GRÜNE): Wir haben geholfen!)

Ist dem Freistaat Bayern bisher, Frau Köhler – Sie perpetuieren das ja immer –, Schaden entstanden, weil wir den Haushalt in den Pandemiejahren und auch jetzt erst im Dezember eingebracht haben?

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Niemandem in Bayern ist bislang Schaden entstanden, weil wir in der Krisenzeit unsere Haushalte im Dezember nach der Steuerschätzung eingebracht und korrekt vollzogen haben. Ich kenne keinen einzigen Fall, der bei mir aufgeschlagen wäre. Sie sagen, wir wären nicht handlungsfähig. Aber Bayern ist weiterhin kräftig durch die Krise gekommen. Deswegen sind wir auch in diesem Jahr nicht zu spät dran. Es gibt nichts, was nicht hätte stattfinden können, weil wir den Haushalt im Dezember einbringen. Andere, meine Damen und Herren, erklären Notlagen. Nordrhein-Westfalen erklärt, eine stattliche Neuverschuldung zu brauchen, um durch die Krise zu kommen. Kein einziges Bundesland hat bisher auch nur einen Cent im Rahmen eines Härtefallfonds der Länder ausbezahlt! Wir sind eines der ersten Länder, die überhaupt einigermaßen wissen, was man als Reaktion auf das, was der Bund nicht tut, machen kann.

Dann diskutieren wir hier drin Haushaltstechnik in der Weise, dass man dem Finanzminister unterstellt, er hätte einen Plan vorgelegt, wie er am Parlament vorbei Hilfen an Menschen auszahlen kann, die der Hilfen bedürfen. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen in aller Ruhe und Sachlichkeit: Ich weise solche Vorwürfe in aller Entschiedenheit zurück!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es gab nicht einmal den Ansatz einer Überlegung, irgendetwas am Parlament vorbei zu unternehmen. Wenn Sie zur Kenntnis nehmen würden, was der Wahrheit entspricht und was wir vorhaben, und wenn Sie Anträge lesen würden, dann würden Sie gemeinsam mit uns feststellen: Okay, auch das ist ein Weg, um den Menschen schnell helfen zu können, die der Hilfe bedürfen, wobei wir noch gar nicht genau wissen, wem im Januar und Februar durch den Bund geholfen wird und wo wir noch ergänzend tätig wer-

den könnten, um Menschen zu helfen. Wird im ersten Vierteljahr eine Notfallhilfe für wen auch immer gebraucht, überlegt die Staatsregierung, wie wir das gestalten könnten, beschließt es und gibt diesen Beschluss dem Haushaltsausschuss mit der Bitte, diesen Beschluss zu beraten, zu verabschieden oder dagegen zu sein. Im Übrigen kann man natürlich auch im Haushaltsausschuss – mich wundert das, weil es im Parlament, wie ich despektierlich sage, "alte Hasen" gibt, die seit Langem im Haushaltsausschuss sind – jederzeit Anträge stellen, wie man eine Notfallhilfe auch im ersten Vierteljahr deklarieren will. Das ist doch selbstverständlich. Es hat doch nicht nur die Staatsregierung ein Vorschlagsrecht im Haushaltsausschuss. Ich verstehe nicht, warum sich der Haushaltsausschuss hier quasi selbst kleinredet.

Wenn ein Vorschlag aus dem Haushaltsausschuss kommt, der dort beschlossen wird, sind wir als Staatsregierung natürlich umgekehrt auch aufgefordert, das zu tun. Wir werden es tun müssen. Wo wird hier bitte das Parlament umgangen? Wenn der Haushaltsausschuss diesen Beschluss dann gefasst und konkret festgelegt hat, für wen wie viele Hilfen wann zur Verfügung stehen sollen, wird das selbstverständlich über die Nachschubliste, den Haushaltsausschuss und das Parlament normal im Haushalt etatisiert. Wo ist hier der Skandal? Wo ist hier der Umgehungstatbestand? Wo gibt es hier eine Verzögerung bei der Hilfe? Wo ist es hier der Aufregung wert, dem Finanzminister zu sagen, er hätte rechtswidrige Taten vor und würde am Parlament vorbei etwas planen? Glaubt ihr, ich bin so doof, dass ich nicht wüsste, dass es sicher irgendjemand im Land merken würde, wenn ich etwas am Parlament vorbei planen und tun würde? Ich lege allzeit seriöse Haushalte vor.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben uns gestern schon damit beschäftigen dürfen. Ich akzeptiere jede Kritik. Ich bin kritikfähig und keine Mimose, aber es trifft mich schon, wenn gesagt wird, wie zum Beispiel gestern, für diesen Haushalt, Herr Finanzminister, sollten Sie sich oder sollte sich die Staatsregierung schämen!Ja, wissen Sie eigentlich, meine Damen und Herren, wofür ich mich schämen sollte?

(Claudia Köhler (GRÜNE): Zum Thema!)

– Das gehört alles zum Thema. Hören Sie nur zu! – Andere erklären Notlagen und machen Schulden, und ich darf mich mit Vorwürfen auseinandersetzen, ich soll mich schämen für diesen Haushalt. Schämen können sich heute viele für Redebeiträge, die Sie hier in einer Art und Weise vorgetragen haben, dass ich mich wirklich schon langsam frage, welches Bild wir überhaupt noch in der Öffentlichkeit abgeben; manchmal wundere ich mich dann wirklich nicht, dass das Image von Politik und Landtag so ist, wie es ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden korrekt systematisch vorgehen. Wir werden alles, was an Notfallhilfen notwendig sein wird, solange der Haushalt nicht beschlossen ist, selbstverständlich dem Haushaltsausschuss vorlegen. Da gab es auch nie einen anderen Plan. Im Haushaltsausschuss kann das diskutiert werden, ergänzt werden, und es können weitere Vorschläge gemacht werden. Ich weiß noch nicht einmal, ob das im ersten Vierteljahr alles stattfindet, was wir gerade diskutieren; denn wenn die Bundesregierung so weitermacht, wissen die erst im März, wer eigentlich eine Hilfe kriegen soll und wer nicht.

Da brauchen wir nicht früher zu ergänzen. Nicht mal das weiß ich. Aber wenn wir es brauchen, können wir es machen, kann der Haushaltsausschuss das beschließen, und wenn das nicht reicht, kann der Haushaltsausschuss auch mehr beschließen. Dann kommt es in den Haushalt, und dann wird es ganz korrekt etatisiert und ausbezahlt. Insofern verstehe ich diese Aufregung in keiner Weise. Wir sollten als Parlament das tun, was von anderen immer angekündigt wird: Niemand wird alleingelassen, hat der Herr Bundeskanzler gesagt. "Respekt" hat er plakatiert. Bei dieser Art, wie heute miteinander umgegangen wird, vermisse ich jedenfalls jeglichen Respekt den Bemühungen gegenüber, die zum Beispiel das Finanzministerium und ich persönlich anstellen, damit dieses Land gut durch diese Krise kommt, auch jetzt im ersten Vierteljahr.

Ich danke, dass der Dringlichkeitsantrag der Regierungskoalition so gestellt wurde, damit dokumentiert wird, dass wir im ersten Vierteljahr Krisenbewältigung so vorgehen wollen. Ich biete der Opposition jederzeit an, auch im Haushaltsausschuss über diese Dinge zu diskutieren und zur Verfügung zu stehen. Wenn jemand bessere Ideen hat zu helfen, dann soll er es sagen. Aber eines bitte ich wirklich zu unterlassen: ständig hier den Eindruck zu erwecken, als hätten wir irgendetwas versäumt. Wir warten auf Scholz.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Wir warten auf die Bundesregierung, und dann werden wir sachgerecht ergänzen. Warum wollen Sie das nicht hören? –

(Zuruf)

Es kann schon sein, dass es Ihnen wehtut, wenn Sie das hören müssen. Aber es entspricht der Wahrheit. Ich kenne kein Bundesland, in dem die Situation anders ist. Ich biete Ihnen einmal an, in der Finanzministerkonferenz der Bundesrepublik Deutschland zu sitzen: 5 GRÜNE, 6 Vertreter der SPD, 5 der Union. Alle 16 haben genau das Gleiche gesagt. Selbst diejenigen, die die Ampel unterstützen müssen, wissen genau um die Unzulänglichkeiten dieser Krisenbewältigung. So schaut das nämlich aus.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt können Sie fragen, wenn Sie wollen. Ist doch ein Witz!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, es liegen zwei Wortmeldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Als Erste die Kollegin Claudia Köhler.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, in der Haushaltsordnung ist klar geregelt: Wenn ein Nachtrag möglich ist, kann diese Regel nicht greifen.

Sie riskieren die Verfassungswidrigkeit. Die CSU riskiert das Scheitern des Härtefallfonds.

(Zurufe der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU) und Martin Schöffel (CSU))

Meine Frage ist: Was machen Sie, was sagen Sie den Unternehmen, wenn diese Notfallbewilligung von den Gerichten gekippt wird? Was sagen Sie ihnen, wenn wegen Ihnen der Härtefallfonds nicht funktioniert?

(Tobias Reiß (CSU): Wollen Sie auch noch klagen dagegen?)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Ich werde denen sagen, ich bin überzeugt, dass das funktioniert, und ich bin auch überzeugt, dass die Frau Köhler nicht klagen wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Ferdinand Mang.

Ferdinand Mang (AfD): Hier, ganz rechts!

(Allgemeine Heiterkeit – Zuruf: Der war gut!)

Herr Staatsminister, Sie haben folgendes formale Argument ausgeführt, weshalb ein Nachtragshaushalt bisher nicht möglich gewesen sei und zwar haben Sie als Beispiel angeführt, dass, wenn Sie eine Titelgruppe für das Fördern von Pellets und Öl schaffen würden und dann die Hilfe vom Bund kommt, dieser Titel nutzlos wäre. Jetzt gibt aber das Haushaltsrecht die Möglichkeit, dass man zum Beispiel unter diesem Titel den Zusatz hinzufügt, dass dieser mit anderen Titelgruppen wechselseitig deckungsfähig ist, sodass die Gelder dann eben nicht nutzlos sind, sondern für andere Titelgrup-

pen verwendet werden können. Also gilt dieses formale Argument, das Sie gebracht haben, eben nicht, und ein Nachtragshaushalt wäre auch schon vorher möglich gewesen.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Lieber Herr Mang, der Unterschied wäre, wenn das im Nachtragshaushalt stünde, dass wir als Staatsregierung dann darüber verfügen könnten, wofür das Geld verwendet wird, wenn es gegenseitig deckungsfähig ist. Das Parlament hätte den Unsinn nicht einmal mehr stoppen können, dass wir dann auch noch Hilfen für Öl und Pellets aufgestockt hätten, die der Bund bezahlt hat. Dagegen hätten Sie überhaupt nichts mehr machen können.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört!)

Jetzt haben Sie noch die große Chance als Parlament, über die Fragen, wofür wir das Geld ausgeben wollen, und jede einzelne Maßnahme im Haushaltsausschuss zu beraten. Wenn wir irgendwo der Auffassung sind, von den vorgesehenen 1,5 Milliarden Euro brauchen wir für das eine mehr und für das andere weniger, und das beschließt der Haushaltsausschuss – – Ich weiß eigentlich gar nicht mehr, was ich noch anbieten soll.

Irgendwie ist es schon richtig: Irgendwie hätte ich im August einen Nachtrag machen sollen; da hätte ich das alles hineinschreiben sollen. Dann hätte ich mir heute die ganze Diskussion erspart, und im Januar, Februar hätte die Staatsregierung tun können, was sie gewollt hätte, und hätte den Landtag gar nicht mehr zu fragen brauchen. Jetzt, wo wir anbieten, dass wir im Januar, Februar und März, wann immer das nötig ist, jeden Beschluss der Staatsregierung im Landtag diskutieren, abstimmen lassen – dafür oder dagegen, wofür verwenden wir das Geld? –, Anträge der Opposition und der Regierungsfraktionen diskutieren – –

Ganz ehrlich, ich bin heute an einem Punkt angekommen. Ich bin wirklich bemüht, dem Ganzen intellektuell zu folgen, was hier geschieht. Heute bin ich leicht überfordert. So etwas auch noch zu beklagen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich muss ganz ehrlich sagen: Da verstehe ich die Welt nicht mehr. – Mehr Einbindung des Parlaments als auf dem Weg, den wir jetzt planen und von Anfang an geplant haben, der auch im Antrag vorgezeichnet ist, ist überhaupt nicht möglich, meine sehr geehrten Damen und Herren. Deswegen bin ich überzeugt, dass das ein sehr guter Weg ist und dass wir auf diesem Weg den Menschen helfen können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Die zusätzlich generierte Redezeit von 3 Minuten für die CSU, von 1 Minute für GRÜNE, FREIE WÄHLER, AfD und SPD und 23 Sekunden für die FDP wird auf die Gesamtredezeit aufgeschlagen. – Wir kommen jetzt aber zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 18/25683 seine Zustimmung geben will, den bitte ich ums Handzeichen. – Das sind FREIE WÄHLER und CSU und die Kollegen Klingen (fraktionslos) und Bayerbach (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Das sind SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Kollege Busch (fraktionslos), die FDP und der Kollege Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Dann kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der GRÜNEN, der FDP und der SPD auf Drucksache 18/25760. Die Abstimmung ist eröffnet. Drei Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 12:17 bis 12:20 Uhr)

Die namentliche Abstimmung ist geschlossen. Das Ergebnis gebe ich später bekannt.

(...)

Präsidentin Ilse Aigner: Wir kommen jetzt erst zum Positiven. Es gibt positive Nachrichten. Die eine namentliche Abstimmung hat Gott sei Dank funktioniert, bevor das System abgestürzt ist. Es geht um den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der SPD betreffend "Nachtragshaushalt jetzt, Härtefallfonds endlich dem Landtag vorlegen", Drucksache 18/25760. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Mit Ja haben 54 gestimmt, mit Nein haben 96 gestimmt und Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.12.2022 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion FDP, der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u. a. und Fraktion SPD; Nachtragshaushalt jetzt - Härtefallfonds endlich dem Landtag vorlegen (Drucksache 18/25760)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst	X		
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara			
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus		X	
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. **Cyron** Anne		X	
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert			
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang			
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick			
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra			
Häusler Johann		X	
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. **Hahn** Ingo			
Halbleib Volkmar	X		
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Hayn Elmar	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang	X		
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Dr. **Kaltenhauser** Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne			
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik	X		
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef			
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	54	96	0